

# Staat oder Nicht-Staat



**Jens Wissel**

Staatsprojekt Europa

Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union

*Der Autor geht den Fragen nach, wie sich Herrschaft mit der EU neu organisiert und wie sich damit europäische, aber auch nationale Politik verändert.*

Rezensiert von [Alison Dorsch](#)

Phänomene der nationalen und europäischen Politik sind miteinander verwoben und lassen sich kaum isoliert voneinander verstehen. Um die Möglichkeiten der gegenseitigen Einflussnahme einzuschätzen, gilt es, das Verhältnis zwischen EU und Nationalstaaten zu klären. Jens Wissel nimmt an, dass sich im Zuge der europäischen Integration die Mitgliedsstaaten internationalisieren. Dadurch wird der räumliche Bezug der nationalen Politik auf die europäische Ebene ausgeweitet. Die EU bleibt dabei keine rein internationale Struktur, sondern beginnt supranationale Elemente auszubilden. Sie ist also nicht mehr allein Plattform für die Politik der Nationalstaaten, sondern handelt in Teilen eigenständig.

## Die Europäische Union als Staat?

Im ersten Drittel des Buches argumentiert Wissel, die EU sei ein Staat im Entstehungsprozess. Er begreift dabei „Staat“ im Sinne der materialistischen Staatstheorie. Der Staat ist entsprechend „kein einheitlicher Akteur, kein handelndes Subjekt“, sondern ein „komplexes Ensemble aus konkurrierenden Macht- und Entscheidungszentren innerhalb von staatlichen Apparaten“ (S. 27), in denen sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verdichten. Der Staat ist „also das Terrain, auf dem soziale Auseinandersetzungen nach bestimmten Spielregeln ausgetragen werden“ (S. 29). Nicht jedes Apparate-Ensemble, in dem gesellschaftliche Kräfte wirken, ist jedoch automatisch ein Staat.

Um sich als Staat zu konstituieren, muss ein Apparate-Ensemble nach Wissel fünf Bedingungen erfüllen. Es muss zunächst ein Territorium definieren, um einen Raum und eine Bevölkerung zu schaffen, über die es als Staat verfügen kann. Um auf diesem Territorium Rechtssicherheit zu gewährleisten, benötigt der zukünftige Staat das Gewaltmonopol, also das alleinige Recht, legitim Gewalt anzuwenden. Denn nur dadurch lassen sich in einer von Klassenwidersprüchen durchzogenen Gesellschaft direkte Gewaltanwendung in der Ökonomie verhindern und die Gesellschaft trotz ökonomischer Widersprüche politisch stabilisieren. Zwang äußert sich nicht mehr direkt in physischer Gewalt, sondern wird vom Staat beispielsweise über Richter\_innen oder Polizist\_innen ausgeübt. Solange der Staat seine Autorität behaupten kann, ersetzt die Androhung von Gewalt in der Regel die tatsächliche physische Auseinandersetzung. Damit das Apparate-Ensemble als einheitlicher Akteur, also als Staat, auftreten kann, müssen die in ihm wirkenden Kräfte in ihren Strategien bis zu einem gewissen Grad geeint und die Zuständigkeit der einzelnen Apparate im Staat ungefähr geklärt sein. Wissel unterteilt die wirkenden Kräfte nach ihren Strategien im Umgang mit gesellschaftlichen Problemen in „Hegemonieprojekte“. Erst wenn eins dieser Hegemonieprojekte zum hegemonialen Projekt wird, das heißt, wenn die ihm zugeordneten Akteure und deren Lösungsansätze die dominierenden sind, ist die relative Einheit, also Kohärenz der gesellschaftlichen Kräfte gegeben. Beginnt dieses hegemoniale Projekt Einfluss auf

institutionelle Strukturen zu nehmen, indem es den Apparaten Kompetenzbereiche zuordnet oder neue Apparate bildet, wird es zum Staatsprojekt. Die Hegemonie des Staatsprojektes ist zwar materiell bedingt, muss aber ideologisch durch eine Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis abgesichert werden, indem der „Konsens der Beherrschten“ (S. 30f.) hergestellt wird. Sobald sich die formale Struktur des Staates festigt, beginnt er eine apparative Eigenlogik auszubilden, die ihm eine relative Autonomie von den gesellschaftlichen Kräften und den dahinterstehenden Akteuren gibt.

Die EU ist mit dem Schaffen einer europäischen Grenze dabei, über den Nationalstaaten ein geeintes Innen, also europäisches Territorium und eine dazu zählende Bevölkerung zu konstruieren. Auf diesem entstehenden Territorium hat sie jedoch weder Gewalt- noch Steuermonopol inne und ist deswegen auf die Kooperation der Mitgliedsstaaten angewiesen. Akteure des europäischen Staatsprojekts sind die transnationalen europäischen Institutionen, die alle eine dem neoliberalen Projekt entsprechende Selektivität aufweisen. Die Anfänge einer europäischen Zivilgesellschaft beschränken sich auf einen engen Kreis von Lobbyist\_innen und Wissenschaftler\_innen. Auch die relative Autonomie der EU ist kaum gegeben, da sie einerseits von den Regierungen einzelner Nationalstaaten und andererseits von ressourcenstarken privaten Akteuren aus der Wirtschaft abhängig ist.

## **Vom Wohlfahrtsstaat zum Neoliberalismus**

Ob die EU sich als Staat konstituieren wird, hängt von zukünftigen Entwicklungen ihrer politischen Integration ab. Wissel gibt einen Überblick über den bisherigen Verlauf des Integrationsprozesses, der aufgrund politisch-militärischer Überlegungen nach den Weltkriegen seinen Anfang nahm. Schon in den 1950ern entwickelte sich neben dieser sicherheitspolitischen Motivation das Interesse an einem gemeinsamen Markt. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich in den Nationalstaaten das fordistische Hegemonieprojekt durchgesetzt. Damit dominierten die mit dem Klassenkompromiss verbundene Sozialpolitik und das Konzept der Wohlfahrtsstaatlichkeit die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. In der Krise des Fordismus der 1970er Jahre gelang es dem neoliberalen Projekt, seine Hegemonie zu etablieren. Auf nationaler Ebene äußerte sich dies darin, dass neoliberale Parteien und Politiker\_innen die Regierungen übernahmen, beispielsweise Margaret Thatcher 1979 in Großbritannien. Auf die EU bezogen bedeutete es, dass die bisherige fordistische Integrationsweise abgelöst wurde von einer wettbewerbstaatlichen, die den ökonomischen Bezug der europäischen Integration festigte.

Durch den Ausbau der transnationalen europäischen Ebene gelang es den neoliberalen Kräften, die in den Nationalstaaten organisierte Wohlfahrtsstaatlichkeit zu untergraben. In einer „passiven Revolution“, also einer Revolution von oben, gelang es den europäischen Eliten, „die komplette gesellschaftliche und die staatlich-bürokratische Struktur“ (S. 53) in ihrem Sinne zu verändern und so die Hegemonie des Neoliberalismus institutionell zu sichern. Diese Dominanz festigte sich soweit, dass seit Mitte der 1980er Jahre sich alle gesellschaftlichen Kräfte in Auseinandersetzungen in Relation zum Neoliberalismus positionieren müssen.

Die neoliberale Umstrukturierung der europäischen Institutionen begann 1986 mit der Einheitlichen Europäischen Akte. Mit ihr wurde das Programm zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes umgesetzt, das aus einer Kooperation von Europäischer Kommission und dem European Round Table of Industrials hervorgegangen war und nach Wissel „eines der größten Deregulierungsprogramme dar[stellte], die jemals realisiert wurden“ (S. 91). Darauf folgte 1992 mit dem Vertrag von Maastricht die Wirtschafts- und Währungsunion, die den Mitgliedsstaaten eine extrem restriktive Haushalts- und Geldpolitik vorschrieb. In diesem Zusammenhang wurde 1998 die Europäische Zentralbank gegründet, die „weitgehend der politischen Kontrolle entzogen und ausschließlich der Geldwertstabilität verpflichtet wurde“ (S. 119). Übergeordnetes Ziel dieser institutionellen Transformationen war, die EU nach außen als geeinte Wirtschaft in der globalen Ökonomie neu zu positionieren. Nach innen verstärkten die Veränderungen ökonomische Konzentrationsprozesse und Konkurrenzverhältnisse.

## Suche nach Identität

Der ausschließlich ökonomische Bezug der wettbewerbsstaatlichen Integration konnte jedoch nicht beibehalten werden. Schon bei der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht äußerten sich die Bevölkerungen skeptisch, die dänische beispielsweise lehnte den Vertrag in einem Referendum ab. Die Kritik an der EU und der Ruf nach Demokratisierung halten sich bis heute. Eine wesentliche Stütze der EU, die passive Zustimmung der Bevölkerungen, beginnt zu bröckeln. Mit der politischen Integration, vor allem durch die mit Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte, soll eine europäische Identität entstehen, die diesem Legitimationsverlust entgegenwirkt. Die politische Integration hat nicht nur genuin europäische Apparate geschaffen (Kommission, EuGH, EZB und Agenturen), sondern auch die schon bestehenden nationalen Apparate europäisiert und damit nachhaltig verändert. Wissel untersucht die politische Integration der EU an drei Fallbeispielen, die zeigen, dass die erwähnten Apparate ihre Kompetenzen, und damit die relative Autonomie der EU, in „technokratischen, entpolitisierten und von der Öffentlichkeit isolierten“ (S. 251) mikropolitischen Auseinandersetzungen ausweiten. Diese Prozesse weisen eine hohe Selektivität bezüglich der in ihnen wirkenden Kräfte auf. Um ihre Interessen wirkungsmächtig in die EU zu tragen, muss eine gesellschaftliche Kraft auf professionalisierte Politikberater\_innen zurückgreifen können. Die öffentliche Kritik gab Akteuren Wirkungsmacht, die neben der ökonomischen an einer politischen Integration der EU interessiert sind. Nur wenige dieser Akteure haben jedoch gleichzeitig ein Eigeninteresse an der Demokratisierung der EU. In der politischen Integration bleibt die Demokratisierung damit neben dem Schaffen einer legitimationsstiftenden europäischen Identität weiterhin nebensächlich.

Wissel schreibt auf knapp 300 Seiten über die Konzepte der materialistischen Staatstheorie, den Übergang vom Fordismus zum Neoliberalismus und dessen Auswirkung auf den bisherigen europäischen Integrationsprozess, die europäische Sozial- und Migrationspolitik und die Strategien der Institutionen in der europäischen Politik. Dabei scheint er zuweilen nicht nur den Überblick über die inhaltliche Gliederung seiner Arbeit, sondern auch das Interesse am Materialismus hinter seiner Staatstheorie zu verlieren. Er analysiert die EU politisch anhand Veränderungen der Machtbeziehungen zwischen Hegemonieprojekten, also gesellschaftlichen Kräften und deren Strategien. Was er als Dominanz des neoliberalen Hegemonieprojektes bezeichnet, ist nichts anderes als die Dominanz der neoliberalen Ideologie. Die Auseinandersetzung zwischen den „Projekten“, die er untersucht, sind die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen in Europa, die, wie er selbst sagt, materielle Grundlagen haben. Die Analyse dieser materiellen Grundlagen kommt hier jedoch viel zu kurz. Auch der Begriff „materialistisch“ bleibt in seinen theoretischen Ausführungen unbefriedigend unscharf. Der Begriff „Historischer Materialismus“ fällt kein einziges Mal. Im Zusammenhang mit einer materialistischen Staatstheorie, in der sich der Autor mit Antonio Gramsci auch auf einen marxistischen Theoretiker bezieht, wäre wenigstens ein kurzer Verweis auf Marx schön gewesen.

Jens Wissel 2015:

Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union.

Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-859-8.

288 Seiten. 29,90 Euro.

**Zitathinweis:** Alison Dorsch: Staat oder Nicht-Staat. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1327>. Abgerufen am: 22. 01. 2019 11:20.

## Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-](#)

[NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.